

Ende einer Fahndung

Nach der Verhaftung des ehemaligen Präsidenten der bosnischen Serben steht die Abschiebung von Radovan Karadzic nach Den Haag bevor

Von Cathrin Schütz

Zehn Jahre lang ließ der Westen in Serbien und Bosnien-Herzegowina nach ihm fahnden. In der Nacht zum Dienstag verkündete ein Regierungssprecher in Belgrad, daß die Sicherheitskräfte erfolgreich gewesen seien. Radovan Karadzic, ehemals Präsident der bosnischen Serben und auf der »Kriegsverbrecher«-Fahndungsliste des UN-Sondergerichtshofs in Den Haag, sei verhaftet worden.

Über die genauen Umstände der Festnahme gab es widersprüchliche Berichte. Sein Anwalt Sveta Vujacic erklärte, Karadzic sei bereits am Freitag in einem Linienbus gefaßt und drei Tage festgehalten worden. Dagegen verlautete aus Polizeikreisen, er sei nach wochenlanger Beobachtung in einem Haus in einem Belgrader Vorort festgenommen worden. Zuvor habe es einen »Tip von einem ausländischen Geheimdienst« gegeben. Der 63jährige habe unter anderer Identität gelebt, verkleidet mit Brille, langem weißen Haar und Bart. Karadzic wurde 1995 wegen Srebrenica des Völkermordes beschuldigt, 1998 tauchte er unter.

Die Reaktionen der NATO auf die Verhaftung ließen nicht lange auf sich warten. Von einem »historischen Augenblick« war die Rede, den die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten der serbischen Republik in Bosnien-Herzegowina markiere. Eine ähnliche Reaktion hatte es bereits vor wenigen Wochen gegeben, als es in Serbien zur Bildung einer ausnahmslos westhörigen Regierung kam. Auch der Sturz der Regierung in Belgrad unter Slobodan Milosevic im Oktober 2000 durch die sogenannte »demokratische Opposition« war ein solcher »historischer Augenblick«. Diesem ging jeweils massiver Druck des Westens voraus. Zuletzt hatte die EU die Kooperation Serbiens mit dem Jugoslawien-Tribunal in den Haag (ICTY) zur Bedingung für Beitrittsverhandlungen und das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Serbien und der EU gemacht.

Ob die Verhaftung von Karadzic nun die Erfüllung dieser Voraussetzungen darstelle, blieb am Dienstag offen. Daß die prowestliche Regierung unter Boris Tadic mit der Karadzic-Verhaftung Zuverlässigkeit und EU-Tauglichkeit unter Beweis stellen will, ist offensichtlich. Serbiens Außenminister Vuk Jeremic äußerte am Dienstag, man habe mit der Festnahme »demonstriert, daß es uns mit unserer Zukunft in der EU sehr ernst ist. Wir wollen Mitglied der EU sein.«

Ob Belgrads neuester Coup indes den USA gefällt, darüber wurde am Dienstag viel spekuliert. In den vergangenen Jahren war es verdächtig still um die Forderung nach der Festnahme von Karadzic geworden. Statt dessen wurde immer mehr die Verhaftung dessen Militärschefs Ratko Mladic gefordert, der im Gegensatz zum bekennenden Antikommunisten Karadzic von sich behauptet, ein »überzeugter Sozialist« zu sein. Bereits seit einiger Zeit kursieren Informationen, wonach schon 1995 im Rahmen des Abkommens von Dayton, das den bosnischen Krieg beendete, Karadzic seitens der USA eine inoffizielle Immunitätszusage erhielt. So oder so dürfte die Verhaftung von Karadzic innerhalb Serbiens und bei der serbischen Bevölkerung in Bosnien auf Widerstand stoßen – zu ersten Demonstrationen kam es bereits in der Nacht von Montag zu Dienstag.

Die Auslieferung an das ICTY wird laut Pressemeldung der Anklagebehörde des Tribunals von Montag nacht in absehbarer Zeit erfolgen. Dies kann tatsächlich als sicher gelten: Nur eine Weigerung der serbischen Regierung könnte die Überführung des Verhafteten nach Den Haag verhindern. Allerdings wird der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), die als Juniorpartner innerhalb der Koalition entsprechend aktiv werden könnte, ein derartiger Schritt nicht zugetraut.